

Iran auf dem Weg zur Atombombe – dem Westen fällt dazu nur Beschwichtigung ein

Wer im Mittleren Osten lebt, spürt fast körperlich, im Alltagsleben, in der alltäglichen Stimmung, einen schwerwiegenden weltpolitischen Paradigmenwechsel. Die neue dominierende Macht der Region, in deren Schatten wir alle leben, ist der Iran. Wörtlich: Land der Arier. In der selbstgewählten Bezeichnung des dort seit 1979 herrschenden Regimes radikaler Kleriker: Islamische Republik Iran. Dieses vom grausamen Gesetz der Sharia regierte, nach westlichen Maßstäben unterentwickelte, zum größten Teil aus Wüste bestehende Land entscheidet über unser aller Zukunft.

Die Islamische Republik Iran hat seit ihrer Gründung 1979, in einer beschönigend „Islamische Revolution“ genannten Machtergreifung durch fundamentalistische Geistliche, eine strikt anti-westliche Politik zur Staatsdoktrin erhoben. Nach dem Sturz des letzten Monarchen, Shah Reza Pahlevi, sicherte sich ein shiitischer Kleriker, der Ayatollah Ruallah Chomeini, in einem blutigen Machtkampf die Vorherrschaft über das 1,6 Millionen Quadratkilometer große Staatsgebiet mit seinen heute 73 Millionen Einwohnern, das zu den vier erdölreichsten Ländern der Erde gehört.

Chomeini, ein Virtuose der *taqyia*, der im Koran vom „listenreichen“ Allah selbst hergeleiteten „Verheimlichung der wahren Absichten“, trat zunächst als Befreier der unterdrückten Massen auf. Nach einem von ihm eingeleiteten und kontrollierten dramatischen Prozess der strukturellen Umgestaltung des Landes in eine klerikale Hierarchie war er nunmehr der „Oberste Geistliche Führer“, „Oberste Rechtsgelehrte“, „Führer der Revolution“ und mörderische Alleinherrscher des Iran. Seine Schreckensherrschaft begann mit Tausenden Exekutionen politischer Gegner, einer scharfen Medien-Zensur, der Einführung des *Sharia*-Gesetzes mitsamt vorzeitlichen Strafen wie Steinigung, einer strengen Kleiderordnung für Frauen und – als außenpolitischem Paukenschlag – der

Geiselnahme von 65 amerikanischen Diplomaten in der US-Botschaft in Teheran. Bereits hier zeigte das Regime einen bis heute erfolgreichen Grundsatz seines Umgangs mit anderen Völkern und Staaten: die demonstrative Verachtung des Völkerrechts und aller internationalen Vereinbarungen.

Chomeini, ein aus dem Antijudaismus des Koran motivierter fanatischer Judenhasser, brach auch alle Beziehungen zum Staat Israel ab und annullierte alle bestehenden Verträge. Im kommenden Jahrzehnt erweiterten die von Chomeini geführten Ayatollahs ihre Machtbasis im Iran selbst, im Mittleren Osten und in der Welt. Zunächst wurde dem Land eine neue Verfassung auferlegt, die bei Bedarf jeden, der gegen das Mullah-Regime opponiert, als „Gegner des Islam“ mit der Todesstrafe bedroht. Ein System von Gefängnissen, in denen gefoltert und getötet wird, überzieht das Land von Teheran bis in die fernsten Provinzen, den Mullahs ergebene Milizen wurden gebildet wie die „Revolutionären Garden“ – zur Beseitigung innerer Gegner – oder die berüchtigte Bassidsh, die wenig später, im Krieg gegen den Irak zu grausiger Berühmtheit gelangten, als ihre jugendlichen, oft kindlichen Kämpfer als „menschliche Wellen“ durch die Minenfelder liefen. 1980 ließ Chomeini alle Universitäten schließen, um sie zwei Jahre später, islamisiert und gleichgeschaltet, wieder zu öffnen. Industrien, Banken und große Vermögen des Landes wurden enteignet und unter die Kontrolle des radikalen Klerus gestellt. Chomeinis Regime unterließ nichts, um Angst und Entmutigung zu verbreiten, nach innen und außen. Hunderttausende Iraner flohen aus ihrem Heimatland.

Dieser entschlossene Mann führte der westlichen Welt einen Hass und eine Feindschaft vor Augen, die sie offensichtlich paralyisiert. Wie gelähmt, unfähig, dem Treiben wirksam entgegenzutreten oder es wenigstens an weiterer Ausbreitung zu hindern, sehen die Staaten des Westens dem Machtzuwachs der persischen Ayatollahs zu. Heute haben die vom Iran unterhaltenen Terror-Gruppen Hamas und Hisballah weltweite Netzwerke ausgespannt, mit Zellen in vielen westlichen Staaten.

Die Ablehnung alles Westlichen im Iran selbst trägt manische Züge, sie manifestiert sich unter anderem in einem Kleiderkodex, der über alle vom islamischen Schrifttum gebotenen Vorschriften hinausgeht. Hunderte Verbote, Restriktionen und Strafen verdüstern das öffentliche und private Leben der Menschen in der „Islamischen Republik“.

Ein makabres Nebeneinander von Maskerade und nachdrücklichem, blutigen Ernst prägt die innere wie äußere Politik des neuen Reiches. Die Selbstdarstellung ist theatralisch, die Sprache gewalttätig, die Attitüde gegenüber den Nachbarstaaten drohend. Die Drohgebärde richtet sich auch gegen muslimische Staaten, die den Ayatollahs unliebsam sind, sei es, dass sie als vom Westen korrumpiert gelten, sei es, dass eine von der Lesart der Ayatollahs abweichende Form des Islam praktizieren. Im März 2009 erhob der Iran erneut Anspruch auf das Territorium des arabischen Nachbarlandes Bahrain, worauf Ägypten dem bedrohten Land militärische Hilfe anbot und Marokko zu den Mullahs die diplomatischen Beziehungen abbrach. Auch Ägypten und der Iran haben keine Botschaften mehr im jeweils anderen Land. Überaus gespannt, auch auf Grund uralter inner-islamischer Zerwürfnisse und theologischer Unvereinbarkeiten, ist das Verhältnis zum sunnitisch-wahabitischen Saudi Arabien, zu den Vereinigten Arabischen Emiraten und Kuwait. Der tiefe Hass zwischen dem shiitischen Iran und den damals im Irak herrschenden Sunniten führte 1980 zu einem acht Jahre währenden Krieg. Der Iran gilt heute allen Staaten der Region, außer seinem Alliierten Syrien, als alptraumhafte Bedrohung.

Das Nebeneinander von innerer Repression, Hochrüstung und äußerer Aggressivität verschlechterte die Lebensumstände der iranischen Bevölkerung drastisch. Das Alltagsleben ist bestimmt von hoher Inflation und Verarmung des größten Teils der Bevölkerung. Sogar die Geburtenrate brach dramatisch ein, von über sechs Kindern pro Familie auf weniger als zwei, was in einem stark vom Islam geprägten Land besonders ungewöhnlich ist.

Noch vor seinem Tod im Jahre 1989 bestimmte der Ayatollah Chomeini einen ihm genehmen Nachfolger im Amt des „Obersten Geistlichen Führers“, Chamenei. Dieser setzte die hegemoniale, auf Konfrontation mit dem Westen und den Nachbarstaaten zielende Politik fort. Er entmachtete auch den vergleichsweise moderaten, 1997 gewählten Präsidenten Khatami, in den viele Regierungen des Westens vergebliche Hoffnungen gesetzt hatten. Dessen Nachfolger, der 2005 gewählt wurde, 2009 im Amt bestätigte Präsident Ahmadinejad, verkörpert einen neuen Höhepunkt in der expansiven, anti-westlichen Außenpolitik des Mullah-Staates.

Ahmadinejad ließ sofort die im Jahre 2003 – unter Eindruck der amerikanischen Truppenpräsenz in den Nachbarländern Irak und Afghanistan – unterbrochene Herstellung atomarer Brennstoffe wieder aufnehmen. Die schwankende oder offen ablehnende Haltung westlicher Staaten gegenüber einer Militärpräsenz im Mittleren Osten ermutigt ihn zu einer draufgängerischen Politik. Offiziell wird das iranische Nuklearprogramm vom Regime mit energiepolitischen Notwendigkeiten begründet, was angesichts des Überreichtums des Landes an Erdöl und Erdgas weltweit als unglaublich eingeschätzt wird. Zugleich lassen der „Oberste Geistliche Führer“ Chamenei und sein präsidentialer Sprecher Ahmadinejad keinen Zweifel daran, gegen wen sich die atomare Aufrüstung in erster Linie richtet. Schon Chomeini hatte in zahlreichen Reden und Erklärungen auf die Illegitimität des jüdischen Staates hingewiesen und das Land „ein zionistisches Besatzerregime“ genannt, womit er keineswegs nur die Westbank meint, sondern das gesamte Staatsgebiet Israels. Der jüdische Staat steht jeder Hoffnung im Weg, vom Mittleren Osten aus ein islamisches Großreich, ein *dar al-islam* seinen Siegeszug nehmen zu lassen, worin viele orthodoxe Muslime eine religiöse Verpflichtung sehen. Auch die umfangreichen Landkäufe, die der Staatsgründung Israels vorangingen, sind in den Augen der fundamentalistischen Rechtsgelehrten ungültig, da es nach ihrer Auslegung muslimischen Landeigentümern unter keinen Umständen

erlaubt ist, Land an Juden oder andere Nichtmuslime zu verkaufen. Einmal durch den Islam „geheiligt“ Land dürfe niemals wieder – wie etwa die Charta der Iran-hörigen Hamas ausführt – durch Juden, Christen oder andere Nicht-Muslime profaniert werden.

Am 26. Oktober 2005 erklärte der iranische Präsident Ahmadinejad, der Staat Israel müsse „von der Landkarte getilgt“ oder (in einer anderen Übersetzung dieser Rede) „aus den Geschichtsbüchern eliminiert“ werden. Er nannte Israel einen „Schandfleck“ und drohte den arabischen Staaten, die mit Israel geschäftliche oder sogar diplomatische Beziehungen unterhalten: „Wenn sich jemand dazu bewegen lässt, das zionistische Regime anzuerkennen, wird er im Feuer der islamischen Gemeinschaft verbrennen“. Diese Metapher meint zweifellos Gewalt, zunächst durch die vom Iran unterhaltenen Terror-Bewegungen Hamas, Hisbollah und andere, womöglich aber auch direkt vom Iran ausgehende, sobald die militär-technologischen Voraussetzungen dafür erfüllt sind. Die Rede wurde von den muslimischen Staaten, die Israel anerkannt haben (wie Ägypten, Jordanien oder Mauretanien) als verständlicherweise als eine Art Kriegserklärung verstanden. Besonders der ägyptische Präsident Mubarak weist seither immer wieder darauf hin, dass die Hisbollah und die Hamas im Auftrag des Iran Terroraktionen und Putschversuche in seinem Land unternehmen.

Die Rede Ahmadinejads war der erste Fall in der Geschichte der Vereinten Nationen, dass ein Mitgliedsstaat dieser Organisation offen zur Vernichtung eines anderen aufrief. Die zum größten Teil von westlichen Staaten finanzierte Organisation zeigte sich wehrlos gegen diesen Frontalangriff gegen ihre Charta und ihre Daseinsberechtigung und wurde damit zum Beispiel für westliche Defensiv-Politik gegenüber dem iranischen Regime. Der in den USA lebende Exil-Iraner Amir Taheri hat das Zurückweichen und Preisgeben der eigenen Positionen, das seither die Haltung der meisten westlichen Staaten gegenüber dem Iran kennzeichnet, „präventive Kapitulation“ genannt. Ungestraft können Vernichtungs-Erklärungen gegen Israel – meist verbunden mit Drohungen gegen die

gesamte westliche Welt – von Vertretern des Regimes gebetsmühlenartig wiederholt werden, etwa im März 2009, als der „Oberste Geistliche Führer“, Ayatollah Chamenei, Israel ein „Krebsgeschwür“ nannte. Parallel dazu leugnet Präsident Ahmadinejad immer wieder den Holocaust, um dadurch die Legitimation für eine jüdische Staatsgründung zu bestreiten. Im April 2009 gaben die Vereinten Nationen dem iranischen Präsidenten Gelegenheit, Israel auf einer UN-Konferenz den „Staat der brutalsten Rassisten“ zu nennen.

Ahmadinejad folgt in der außenpolitischen Attitüde seinen Vorbildern Hitler und Stalin, die mit Erfolg die Wirksamkeit schockierender Auftritte auf die „internationale Gemeinschaft“ vorgeführt haben. Radikales Anklagen und Brüskieren, Leugnen offener Tatbestände, das Trommelfeuer populärer Hass-Stereotype wie Anti-Amerikanismus und Judenhass, die bewusste verbale Verletzung des Anderen und die offen bezeugte Verachtung gegenüber dem Konsens, der den diplomatischen Umgang der Völker und Staaten bestimmt – in den Reden und Aktionen des iranischen Regimes findet sich all dies wie bei den großen Despoten des zwanzigsten Jahrhunderts, die Europa das Fürchten lehrten. Auch die blutige Niederschlagung der Proteste gegen den offensichtlichen Betrug bei Ahmadinejads Wiederwahl im Frühjahr 2009, politische Schauprozesse mit durch Folter erpressten „Geständnissen“ und die permanente, an Goebbels erinnernde Schmä- und Droh-Rhetorik gehören zu Ahmadinejads erfolgreichem Konzept der Einschüchterung des Westens.

Andererseits ist es eben dieses aggressive, intolerante, von einer radikalen, sendungsbetonten Auslegung des Islam geprägte Auftreten gegenüber anderen Völkern, Staaten, Religionsgemeinschaften, das den Iran ins Abseits treibt. Aus diesem Grund wird seine nukleare Bewaffnung von fast allen Staaten der Region und der übrigen Welt als Bedrohung, als potentielle Katastrophe empfunden. Dass Pakistan und Indien über nukleare Waffen verfügen, verursacht Unbehagen, die erfolgreichen Atomtests des nordkoreanischen Regimes lösen Erschrecken aus. Doch keiner dieser Staaten ist so weit gegangen wie der Iran, dessen

Herrschende offen ihre Vernichtungsabsichten gegen andere Länder, ihre Weltverbesserungspläne im Sinne eines shiitischen Fundamentalismus und ihre Verachtung der internationalen Gemeinschaft erklären. Es gibt einen Punkt, wo eine solche Droh- und Imponierhaltung kontraproduktiv wird, wo sie nicht mehr lähmende Furcht, sondern über eine Art paradoxe Immunisierung zur Gegenwehr führt. Wo sich das Verantwortungsgefühl regt, die Sorge um die Zukunft der Region und des Planeten. Diesen Punkt hat das Mullah-Regime erreicht. Dafür spricht die weitgehende – zumindest theoretische – Übereinkunft der Staatengemeinschaft, den Iran am Bau der Bombe zu hindern. Dafür spricht der zunehmende Widerstand gegen das Regime im eigenen Land.

Im Schatten der spektakulären Skandale, die das Mullah-Regime der staunenden Welt bietet, arbeiten die iranischen Atom-Ingenieure unbeirrt weiter an den Bestandteilen der Bombe, beschaffen die iranischen Waffeneinkäufer die Trägerraketen, blüht die geheime Kooperation mit Firmen in aller Welt. Die Angaben darüber, wann der Iran imstande sein wird, atomare Sprengköpfe auf Lang- und Mittelstreckenraketen zu montieren und damit Israel, die mittelöstliche Region und die ganze Welt zu bedrohen, schwanken. Sie pendeln sich jedoch auf einen nahen Zeitpunkt ein. Nach Angaben des *stern*-Redakteurs Oliver Schröm rechnet der deutsche Bundesnachrichtendienst damit, der Iran könne in etwa sechs Monaten Atom-Bomben herstellen. Der israelische General Jossi Baidatz vom militärischen Geheimdienst sieht den Iran bereits Ende 2009 dazu imstande. Im Oktober vergangenen 2008 zitierte Hans Rühle, früherer Leiter des Planungsstabes der Bundeswehr, in der *Süddeutschen Zeitung* aus einem Interview des Generaldirektors der Internationalen Atomenergie-Behörde El Baradei mit dem Fernsehsender Al-Arabiya: der bis dahin eher zurückhaltende Ägypter hielt die iranischen Ingenieure für fähig, binnen eines Jahres – von damals gerechnet – nukleare Sprengköpfe herzustellen. Sicher ist eins: sollte der Westen noch daran interessiert sein, den Iran an der Herstellung der Bombe zu hindern, müsste bald, sehr bald gehandelt werden.

Was würde ein atomar gerüsteter Iran bedeuten, inwiefern die Weltlage verändern? Zum ersten hätte der iranische Mullah-Staat die Möglichkeit, jederzeit Israel, einen seiner arabischen Nachbarn oder – bei weiterer Vervollkommnung der eigenen und Erwerb ausländischer Raketen – auch Europa oder die USA durch einen atomaren Erstschlag zu überraschen. Auch wenn dieses Szenario den meisten Experten als unwahrscheinlich gilt und man allgemein annimmt, der Iran wolle sein atomares Potential eher zur Abschreckung nutzen, ist allein die Möglichkeit eines solchen Ereignisses bedrückend. Zum zweiten wären nukleare Waffen in den Händen dieses durchweg unberechenbaren und abenteuerlichen Regimes ein Instrument ständiger politischer Erpressung. Die westliche Welt könnte angesichts einer solchen Bedrohung nicht einmal mehr ihre schwachen und inkonsequenten Sanktionen gegen den aggressiven Mullah-Staat aufrecht erhalten, ganz zu schweigen von den Versuchen Israels oder der arabischen Nachbarn, sich der ständigen Übergriffe und Unterminierungs-Arbeit durch den Iran oder seine Kampfgruppen Hamas und Hisballah zu erwehren. Der Machtzuwachs eines nuklear bewaffneten Mullah-Regimes wäre so enorm, dass der Iran, auch ohne die Bombe einzusetzen, fortan den Mittleren Osten dominieren, der Region seine Regeln aufzwingen und jede Gegenbewegung anderer Staaten ersticken könnte.

Die dritte Folge eines nuklear bewaffneten Iran wäre ein atomares Wettrüsten zunächst im Mittleren Osten, dann weltweit, durch despotisch regierte, anti-westliche Regimes, die auf Kosten ihrer unterdrückten Bevölkerungen die Wirtschaftskräfte ihres Landes, inklusive westliche Hilfsmittel, zur Anreicherung atomarer Brennstoffe und Entwicklung von Trägerraketen verwenden. Umso leichter könnten reiche Ölstaaten wie Saudi-Arabien Atom-Programme starten, entsprechende Ankündigungen liegen vor. Die bisherige Limitierung der nuklearen Möglichkeit auf einige „Atomkräfte“ würde fallen. Erst dieser Tage forderte der libysche Diktator Ghaddafi für alle Staaten der Dritten Welt, auch die unterentwickelten und bisher machtlosen, das „Recht“, sich atomar zu bewaffnen.

Eine iranische Nuklearmacht könnte, viertens, auch terroristischen Organisationen zum Besitz atomaren Materials verhelfen, so dass, mit Hilfe der weltweiten Netzwerke dieser Gruppen, nukleare Anschläge inmitten westlicher Staaten möglich wären. Angesichts der drohenden Globalisierung atomarer Bewaffnung kündigen westliche Regierungen seit Jahren an, gegen das Beispiel Iran vorzugehen. „Wir wollen und müssen die Entwicklung iranischer Nuklearwaffen verhindern“, erklärte etwa die deutsche Kanzlerin Merkel bereits im Jahre 2006, doch man frage besser nicht, was ihre oder irgendeine andere europäische Regierung nun tatsächlich zur Verhinderung eines nuklearen Iran getan hat. Anders als im Fall Pakistan, wo die Bombe überraschend durch Atomspionage zustande kam, müssen sich die westlichen Regierungen diesmal vorhalten lassen, dass sie über die Absichten des Iran seit Jahr und Tag im Bilde sind, um die Gefahr wissen, aber die Zeit mit fruchtlosen Dialog-Versuchen und leeren Deklarationen verstreichen lassen.

Allgemein wird vermutet, der Staat Israel, wenige hundert Kilometer vom Iran entfernt, vom iranischen Präsidenten offiziell mit Zerstörung bedroht, an mehreren Grenzen durch Iran-hörige Milizen und Terrorgruppen attackiert, mit Raketen beschossen und von Terror-Anschlägen heimgesucht, müsse ein vitales Interesse daran haben, dem Atomprogramm des Iran ein Ende zu machen. Als Indizien für solche Absichten werden der erfolgreiche israelische Luftangriff auf den irakischen Atomreaktor Osirak im Jahre 1981 und die – allerdings von Israel nie bestätigte – Zerstörung einer syrischen Nuklearanlage 2007 genannt, außerdem die ermutigenden Zeichen aus der arabischen Welt. Bereits vor anderthalb Jahren soll Kuwait, kürzlich auch Saudi-Arabien dem jüdischen Staat signalisiert haben, seine Luftwaffe dürfe im Falle eines Angriffs auf iranische Atomanlagen ihren Luftraum durchfliegen. Die Londoner Times kolportierte im Herbst 2009 Gerüchte, die arabischen Staaten würden im Gegenzug zu israelischen Gebietsabgaben an die Palästinenser einen israelischen Militärschlag gegen den Iran dulden. Zwar wurden diese Gerüchte kürzlich von Saudi-Arabien dementiert, doch

es geschah in einer betont halbherzigen Form. Erwiesen ist die in letzter Zeit mehrfach beobachtete Passage israelischer U-Boote durch den ägyptischen Suez-Kanal, die dadurch die Möglichkeit erhielten, sich anschließend im Golf von Oman der Küste des Iran zu nähern.

Allerdings steht die Frage, ob es überhaupt möglich ist, den Iran auf diese Weise nachhaltig an der Herstellung atomarer Waffen zu hindern, ob ein offener, für Israel gefahrenreicher Militärschlag, selbst wenn er das derzeit aufgehäufte atomare Material des Iran zerstören würde, nicht allenfalls einen Aufschub bedeutet. Auch fragt sich, warum Israel die Risiken einer solchen Aktion allein auf sich nehmen soll, mitsamt den in jedem Fall zu erwartenden internationalen Verurteilungen, Boykotten und Sanktionen. Genau besehen, haben Israels arabische Nachbarn mehr Interesse an einem solchen Präventivschlag als Israel selbst, das einzige Land der Region, das sich wirksam gegen einen iranischen Angriff verteidigen könnte. Man spürt den Zweifel der israelischen Regierung an einem solchen Vorgehen, obwohl dessen Möglichkeit sowohl von der israelischen wie amerikanischen Regierung für im Bereich des Möglichen erklärt wird.

Offensichtlich setzt die derzeitige israelische Regierung eher auf wirksame Abwehr-Systeme, an deren Vervollkommnung in letzter Zeit intensiv gearbeitet wird, auch in Kooperation mit den Vereinigten Staaten. Ein offensiveres Vorgehen gegenüber dem Iran hätte sicher seinen Preis für die davon profitieren arabischen Nachbarstaaten. Offenbar erwartet die israelische Regierung nicht nur schattenhafte Signale wie bisher, sondern glaubhafte Gesten der Annäherung und Solidarität durch Staaten wie Saudi Arabien, Kuwait oder die Vereinigten Emirate, die sich jetzt inoffiziell als Verbündete der Stunde offerieren, aber den Staat Israel bis heute nicht anerkannt haben.

© CHAIM NOLL, 2009

Veröffentlicht: Rheinischer Merkur, Bonn, Nr.14, 2.April 2009

